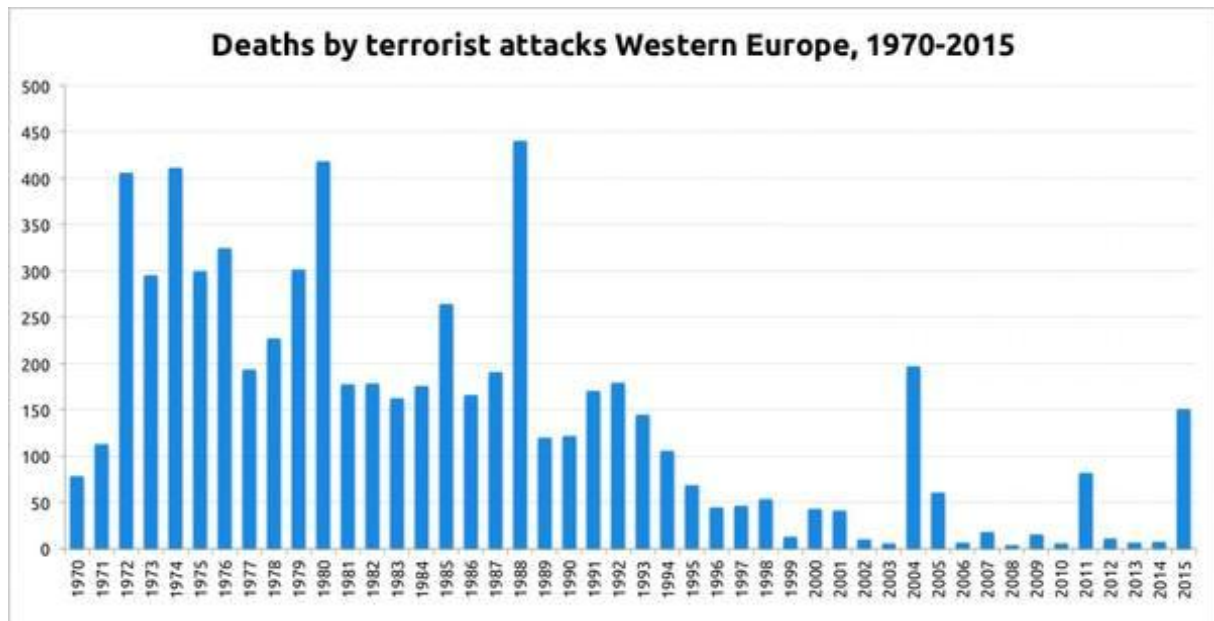


Kommentar

Das Phantom Terrorgefahr



Am 15. Juni dieses Jahres veröffentlichte Europol seinen EU-Terrorismus-Report mit dem Titel „EU Terrorism Situation and Trend Report/TE-SAT 2017“. Laut Europol-Bericht gab es im Jahr 2016 142 Tote und 379 Verletzte bei ausgeführten Terroranschlägen und solchen, die vereitelt wurden oder aber scheiterten. 135 Menschen starben laut Bericht bei sogenannten „dschihadistischen“ Anschlägen.

Jeder Anschlag, der auf westlichem Boden stattfindet, bekommt die größte Aufmerksamkeit und schafft es über die Medien ins Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit. Die Zahl der Opfer spielt hierbei keine Rolle. Sie haben ein Gesicht und einen Namen, etwa die Opfer vom 11. September, deren Namen sogar einzeln vorgelesen wurden und an die noch immer erinnert wird.

Der Wert dieser Opfer ergibt sich jedoch nicht aus der Tatsache, dass sie Menschen sind, sondern weil eine Welt- bzw. eine Großmacht hinter ihnen steht. Westliche Staaten möchten ihre eigenen Opfer in den Vordergrund stellen, zelebrieren und politisch ausschlachten. Diese Terroropfer erfüllen einen politischen Zweck, und deshalb darf sich die Politik die Chance nicht entgehen lassen, Anschläge in westlichen Ländern und die Opfer ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken. Die Angst der Bevölkerung wird geschürt und ein Klima geschaffen, das Maßnahmen rechtfertigen soll, die – und das ist inzwischen kein Geheimnis mehr – mit der Demokratie nicht vereinbar sind, ob im eigenen Land oder gegen andere Länder.

In Deutschland ist man z. B. dazu übergegangen, im Kontext dieser ganzen Terrorhysterie die Gesichtserkennung zu testen, und fasst diese einfachheitshalber unter die Regelung für Überwachungskameras, obwohl die Gesichtserkennung weit über die Videoüberwachung hinausgeht, da es um Daten geht, die bei der Gesichtserkennung gesammelt und verarbeitet werden. Dass diese Überwachungsmaßnahmen in keinem Zusammenhang mit der Terrorbekämpfung stehen, zeigt sich daran, dass es bei Anschlägen schon Programm ist, dass

der Täter bereits unter Beobachtung stand und als sogenannter „Gefährder“ bekannt war. Damit niemand durchschaut, dass sich westliche Staaten als Repräsentanten demokratischer Werte gerade in Überwachungsstaaten verwandeln, bauscht man die Terrorgefahr auf und stellt die Bevölkerung ruhig, indem man ihr die Terroropfer und ihre Zahl vor Augen führt. Sobald die Zahl der Toten auch nur um ein Opfer steigt, erfolgt sofort eine Meldung. Man suggeriert den Menschen quasi, nur zwei Wahlmöglichkeiten zu haben. Entweder lassen sie sich „freiwillig“ überwachen oder sie setzen sich der Gefahr aus, einem Anschlag zum Opfer zu fallen.

Der Westen hat ein Phantom geschaffen, denn die Zahlen sagen etwas ganz anderes aus. Blickt man nämlich auf alte Europol-Berichte, so stellt man fest, dass der Höhepunkt von Terrorangriffen in Europa zwischen 1972 und 1988 liegt. In diesen Jahren starben jährlich mehr als 150 Menschen bei Terrorangriffen, die im Übrigen in der Regel von europäischen, links- bzw. rechtsextremen oder separatistischen Terrorzellen ausgingen. Somit ist die Zahl von Anschlägen in Europa in den letzten Jahrzehnten nicht gestiegen. Sie werden nur anders präsentiert. Über jeden Anschlag in Europa wird ein Vergrößerungsglas gehalten. Jeder weiß, wie bedrohlich eine Ameise wirkt, wenn man sie durch ein Mikroskop betrachtet.

Bereits ein einziger Anschlag im Irak im Jahr 2016 kommt auf mehr als 142 Todesopfer. Am 3. Juli 2016 starben beispielsweise 324 Menschen bei der Explosion einer Autobombe in Bagdad. Bei einem Anschlag in Afghanistan am 31. Mai dieses Jahres im Diplomatenviertel Kabuls kamen gleich 150 Menschen ums Leben. Wenn es einen Wettkampf um die höchste Zahl von „Terroropfern“ gäbe, würden die Muslime zweifelsfrei den ersten Platz weltweit belegen.

Nach diesen Opfern kräht aber international kein Hahn. Vielmehr wird nachgetreten, indem beispielsweise Afghanistan als „sicheres Herkunftsland“ eingestuft wird. Den Abschiebeflug nach Afghanistan sagte die Bundesregierung unmittelbar nach dem Anschlag lediglich mit der verhöhnenden Begründung ab, die Botschaftsmitarbeiter in Kabul stünden nicht zur Verfügung. Das heißt, in Europa wird eine Terrorgefahr suggeriert, die in diesem Ausmaß nicht vorhanden ist, während sie in einem Land wie Afghanistan heruntergespielt wird, obwohl die Menschen dort tatsächlich jederzeit einem Anschlag zum Opfer fallen könnten. Man braucht sich im Grunde nur die Sicherheits- und Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes anzusehen, um zu erkennen, wo die Sicherheit der Menschen real gefährdet ist.